

# REMEMBERING MEANS FIGHTING



**1992: Pogrom von Rostock-Lichtenhagen**  
**1993: Abschaffung des Grundrechts auf Asyl**

## **Wir vergessen nicht!**

Der zwanzigste Jahrestag des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen wird in vielen Medien erwähnt. Dabei wird aber vieles verschwiegen, bzw. es wird versucht, die Ereignisse nicht vollständig und damit anders darzustellen.

## **Was bekannt ist:**

Die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen zwischen dem 22. und 26. August 1992 gegen die Zentrale Aufnahmestelle (ZAst) für Asylbewerber\_innen und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter\_innen im sogenannten „Sonnenblumenhaus“ in Rostock-Lichtenhagen waren die massivsten fremdenfeindlich motivierten Übergriffe der deutschen Nachkriegsgeschichte. An den Ausschreitungen beteiligten sich mehrere hundert randalierende Nazis und Anwohner\_innen und bis zu 3000 applaudierende Zuschauer\_innen, die den Einsatz von Polizei und Feuerwehr behinderten. Nachdem die Aufnahmestelle am Montag, dem 24. August, evakuiert worden war, wurde das angrenzende Wohnheim, in dem über 100 Vietnames\_innen wohnten, mit Molotowcocktails in Brand gesteckt.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zog sich die Polizei zeitweise völlig zurück und die im brennenden Haus Eingeschlossenen waren schutzlos sich selbst überlassen.

Die Kapazität der ZAst betrug nur 250 bis 300 Betten. Auf Grund der mangelnden Unterkünfte oder sanitärer Anlagen mussten etwa 400 Asylbewerber\_innen, vorwiegend Sinti und Roma aus Rumänien, unter freiem Himmel schlafen und dort auch ihre Notdurft verrichten.

## **Was eher verschwiegen wurde:**

In Rostock stand mehr als ausreichender Wohnraum in städtischem Besitz jahrelang leer. Um die Zustände nicht zu legalisieren, weigerte sich die Stadt, geeignete Vorkehrungen zu treffen, etwa mobile Toiletten aufzustellen. „Wenn wir weitere Unterkünfte zur Verfügung stellen, kommen noch mehr Asylsuchende. Das zeigt die Erfahrung.“ entgegnete der damalige Rostocker Innensenator auf die Bitte für die Flüchtlinge, endlich menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen.

**Ankündigungen von ausländer\_innenfeindlichen Aktionen wurden ignoriert**

Die beiden Rostocker Tageszeitungen berichteten mehrere Tage lang über Aufrufe und Ultimaten einer „Interessengemeinschaft Lichtenhagen“, in denen gedroht wurde, dass „für Ordnung“ gesorgt werde, wenn die ZAst nicht bis zum Wochenende des 22./23. August geräumt sei. Sie zitierten einen anonymen Anrufer: „In der Nacht vom Samstag zum Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht.“ und ließen drei Jugendliche ankündigen „dass die rumänischen Roma ‚aufgeklatscht‘ werden“ sollten und voraussagen „die Leute, die hier wohnen, werden aus den Fenstern schauen und Beifall klatschen“. Dadurch, dass beide Zeitungen die Drohungen kommentarlos abdruckten, trugen sie stark zur Mobilisierung bei. Es wurde das Gefühl erweckt, als Vertreter\_innen allgemeiner Interessen zu handeln, der Masse wurde das Gefühl der kollektiven Bedeutsamkeit vermittelt. Dazu kommt, dass Politik und Medien ein ausländer\_innenfeindliches Klima förderten.

## **Änderungen des Grundrechts auf Asyl und der Ausländer\_innenpolitik – ein weiterer Schlag ins Gesicht der Opfer**

Noch während der Ausschreitungen von Lichtenhagen positionierte sich die SPD in der Frage einer Asylrechtsänderung neu. Ausschreitungen wie die in Rostock zukünftig vermeiden zu wollen, diente als wichtiges Argument für eine Grundgesetzänderung. Am 6. Dezember 1992 beschloss der Deutsche Bundestag den Asylkompromiss. Durch die Änderung des Grundgesetzes und des Asylverfahrensgesetzes wurde das individuelle Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft.

## **Rostock war kein Ausrutscher...**

...sondern steht stellvertretend für das rassistisch-nationalistische Gesellschaftsklima der 90er Jahre. Mölln, Solingen, Lübeck und Hoyerswerda sind vielen Menschen in diesem Zusammenhang noch ein Begriff.

## **...kein Anfang und kein Schlusspunkt.**

Allein 1992 kam es zu fast 2000 Angriffen auf Asylbewerber\_innen, viele davon auf deren Wohnunterkünfte, jedoch sind die meisten dieser Ereignisse für kaum erwähnenswert geachtet worden. Allein in der Woche nach den Ausschrei-

tungen von Rostock-Lichtenhagen bedrohten neonazistische Gewalttäter 40 Wohnheime mit Brandsätzen und Steinen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei.

Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mannheim-Schönau nehmen in diesem Kontext eine Sonderrolle ein, da es nicht allein Neonazis waren, die sich anschickten nichtdeutsche Menschen zu lynchen, sondern weil es vor allem „brave Bürger\_innen“ waren, die diese Exzesse aus Nationalismus und Gewalt zu völkischen „Massenevents“ werden ließen.

Auch in Freiburg und im benachbarten Landkreis gab es rassistische Übergriffe und Anschläge: am 21./22.09.1991 in Freiburg, am 23.09.1991 in Kenzingen, sowie am 24./25.09.1991 in March-Neuershausen. Am 28.04.1994 ist in Kenzingen ein Asylbewerberheim ausgebrannt. Die neun algerischen Bewohner des Hauses blieben zum Glück unverletzt. Der Sachschaden wird auf rund 350.000 DM geschätzt. Die Polizei schloss Brandstiftung nicht aus.

## **Das Problem: Kapitalismus**

Doch um die rassistische Stimmungsmache, politische Abschiebep Praxis und rassistische Anschläge grundlegend zu kritisieren und diesen menschenverachtenden Zuständen den Riegel vorzuschieben, müssen wir tiefer hinter die Kulissen dieses ekelhaften Schauspiels schauen, denn die Einteilung des Menschen in ökonomischen Kategorien („nützlich“ und „verwertbar“ oder „unnützlich“ und „nicht verwertbar“) ist signifikant für eine kapitalistische Gesellschaft.

Durch den totalitären Anspruch, jegliches zur Ware zu degradieren, macht der Kapitalismus natürlich auch vor dem Menschen nicht halt. So werden Abschiebungen oft dadurch legitimiert, dass der Staat zu wenig Geld habe – dass „das Boot voll sei“ -, um jede\_n durchzufüttern. Natürlich

lassen sich einige Diskriminierungsmuster, wie Sexismus oder Homophobie, auch in vorkapitalistischen Gesellschaften nachweisen. Und auch rassistische Phänomene sind bereits im 15. Jahrhundert historisch bewiesen. In der Totalität des Kapitalismus bekommen diese Phänomene jedoch eine neue Funktion und können deshalb nicht als von ihm unabhängige Erscheinungen verstanden werden.

## **Unsere Antwort: Solidarität!**

Wir setzen damals wie heute auf Solidarität mit den Opfern institutionellen und alltäglichen Rassismus. Wir demonstrieren für das Menschenrecht auf Asyl, für Teilhabe aller Menschen am Wohlstand, für die Rechte aller – hier und überall. Rassismus und andere Herrschaftsmechanismen sind nicht auf Nazis abzuwälzen, sondern entspringen der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Wir wollen in einer Gesellschaft ohne Rassismus, Faschismus, Sexismus und andere Herrschaftsverhältnisse leben. Der Widerspruch zwischen der Forderung nach einer herrschaftsfreien Gesellschaft und gleichzeitigen Appellen an den Staat ist uns bewusst, aber wir können nicht hinnehmen, dass Rassismus und Nazigewalt weiterhin verschwiegen, verharmlost oder nicht als solche anerkannt werden.

## **Wir fordern:**

- Schluss mit Abschiebungen, Residenzpflicht und Arbeitsverbot!
- Stopp der Verfolgung von Sinti und Roma in Osteuropa und überall!
- Keine Toleranz für faschistische Ideologie und Gewalt!
- Schluss mit der Kriminalisierung von Antifaschist\_innen und Antirassist\_innen!

## **Gegen Rassismus und Kapitalismus – für grenzenlose Solidarität!**

## **Weitere bundesweite Gedenkveranstaltungen in diesem Jahr:**

25.08.2012 Bundesweite Demonstration in Rostock-Lichtenhagen

17.09.2012 Videokundgebungen im ganzen Bundesgebiet zu den Pogromen von Hoyerswerda

22.09.2012 Kundgebung in Hoyerswerda

27.10.2012 Bundesweite Demo gegen rassistische Übergriffe in Leipzig

17.11.2012 Überregionale Gedenkdemo zum rassistischen Mordanschlag in Mölln

17.-23.11.2012 Antirassistische Aktionswoche in Mölln

Weitere Infos und Hintergründe: [www.rassismus-toetet.de](http://www.rassismus-toetet.de) | [www.lichtenhagen.net](http://www.lichtenhagen.net)